



Nr. 32

17. September 2015

## Inhalt

[dbb Bundesvorstand zu Flüchtlingskrise: Länder und Kommunen brauchen mehr Unterstützung – Verfahren vereinfachen+++](#)  
[10. Medienkonferenz des dbb - Dauderstädt zu Finanzierungsdebatte: Programmqualität der Öffentlich-Rechtlichen bleibt der Maßstab+++](#)  
[dbb Vize Silberbach: Gemeinsame europäische Asylpolitik unverzichtbar+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Beamtenpensionen: DBB NRW fordert neutralen Beirat und ein Entnahmegesetz+++](#)  
[Besoldungsanpassung im Thüringer Landtag – tbb stellt Amt angemessenheit in Frage+++](#)  
[GdS-Erfolg vor dem Bundessozialgericht: Versichertenseite im Verwaltungsrat der AOK Nordwest muss neu gewählt werden+++](#)  
[Flüchtlingszustrom nach Deutschland: Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb melden sich zur Wort+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **dbb Bundesvorstand zu Flüchtlingskrise: Länder und Kommunen brauchen mehr Unterstützung – Verfahren vereinfachen**

**(dbb) Angesichts des Flüchtlingszustroms brauchen vor allem Länder und Kommunen zusätzliche Unterstützung, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Das hat der Bundesvorstand des dbb in einer Resolution unter der Überschrift „Menschen in Not - eine Herausforderung für Deutschland und Europa“ klargemacht, die er auf seiner Sitzung am 15. September 2015 in Berlin einstimmig beschlossen hat. „Das gilt kurzfristig für die Registrierung und Unterbringung, langfristig für die Integration Asylberechtigter.“ Die Politik müsse mit den zuständigen Verwaltungen Verfahrensabläufe vereinfachen und dabei den dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften mit ihrer Kompetenz einbeziehen, heißt es in der EntschlieÙung.**

Deutschland könne die Probleme nicht allein lösen. „Wenn die Europäische Union ihrem Anspruch gerecht werden will, nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine Wertegemeinschaft zu sein, die Solidarität als Grundlage für ihr Handeln betrachtet, dann sind alle Mitgliedstaaten nach ihrer Leistungskraft gefragt.“ Oberstes Ziel müsse es sein, für Flüchtlinge europaweit eine menschenwürdige Unterkunft und Versorgung zu garantieren.

Wie bei vergangenen großen Herausforderungen auch zeige der öffentliche Dienst in Deutschland seine Leistungsfähigkeit, wird in der Resolution hervorgehoben: „Auf allen staatlichen Ebenen - in der Landes- und Bundesverwaltung, vor allem beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, in den Städten und Gemeinden, bei der Polizei, in Kindergärten und Schulen, in Gesundheitsämtern, in der Sozialen Arbeit, in Jobcentern und in der Sozialversicherung - setzen sich die Kolleginnen und Kollegen angesichts der täglich steigenden Flüchtlingszahlen bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit ein und leisten eine großartige und hoch motivierte Arbeit. Sie dürfen dabei nicht allein gelassen werden.“

Zugleich werde angesichts dieser Herausforderungen deutlich, wie sich der seit Jahren herbeigeführte Personalmangel jetzt auswirkt. „Die Politik muss Prioritäten setzen und für eine aufgabengerechte Personalausstattung sorgen“, fordert der Bundesvorstand des dbb. „Erste Entscheidungen zur Personalverstärkung

sind zu begrüßen, kommen aber zu spät und lassen ein dringend erforderliches und dauerhaft tragfähiges Gesamtkonzept vermissen.“ Die zu erwartenden Kosten könnten begrenzt werden, wenn Entscheidungen zeitnah vollzogen und Informationen zwischen den beteiligten Institutionen ausgetauscht würden. Die Finanzierungsdiskussion müsse auch eine Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einbeziehen.

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt machte auch im Gespräch mit der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 15. September 2015) auf die kritische Situation in Teilen der öffentlichen Verwaltung aufmerksam: „In manchen Kommunen, wo die Behörden unmittelbar den Zustrom bewältigen müssen, steht das System vor dem Kollaps“, sagte Dauderstädt. Auch an manchen Schulen wachse die „Gefahr kollabierender Verhältnisse“.

Dauderstädt verwies auf die vielen vom Krieg traumatisierten Kinder und Jugendlichen, die integriert werden müssten. Wenn der dbb noch vor einem Monat mindestens 10.000 weitere Stellen gefordert hatte, brauche man die nun schon allein an den Schulen, so dass insgesamt mehr als 20.000 zusätzliche Mitarbeiter im öffentlichen Dienst notwendig seien. Dauderstädt: „Überall wird die Funktionsfähigkeit der Strukturen auf eine harte Probe gestellt.“

(01/32/15)

## **10. Medienkonferenz des dbb - Dauderstädt zu Finanzierungsdebatte: Programmqualität der Öffentlich-Rechtlichen bleibt der Maßstab**

**(dbb) Trotz der anhaltenden Debatte um die Finanzierung muss die Qualität des Programmangebots des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch künftig gesichert sein. Das**

**sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt zum Auftakt der 10. Medienkonferenz, zu der der gewerkschaftliche Dachverband am 10. September 2015 nach Berlin eingeladen hatte. Die Tagung stand unter dem Motto „Programmgestaltung und Finanzierung – Die Zukunft der Öffentlich-Rechtlichen“.**

Bei aller kritischen Bewertung des Rundfunkbeitrags, die seit der Einführung 2013 lautgeworden sei, dürfe nicht aus den Augen verloren werden, dass dessen eigentlicher Zweck „die Ermöglichung einer unabhängigen, von wirtschaftlichen und politischen Interessen freien Berichterstattung in ARD, ZDF und Deutschlandradio“ sei, so Dauderstädt. Dafür habe sich der dbb immer stark gemacht.

Zwei Schwerpunktthemen standen im Mittelpunkt der öffentlichen Veranstaltung im Rahmen der Medienkonferenz. Zunächst informierte der Intendant der Deutschen Welle (DW), Peter Limbourg, über die einschneidenden Veränderungen beim Auslandsrundfunk der Bundesrepublik und über dessen Perspektiven. Dauderstädt verwies vorab darauf, dass im Juni dieses Jahres der englischsprachige TV-Kanal der DW an den Start gegangen war, verbunden mit dem neuen Claim der DW „Made for Minds“. „Daneben soll die klassische Trumpfkarte der 'Welle', ihre Vielfalt im Regionalsprachenangebot, auch weiterhin ausgespielt werden.“

Zur Diskussion rund um den Rundfunkbeitrag bezog Dr. Hermann Eicher vom Verwaltungsrat des ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice in seinem Vortrag unter dem Motto „Der Rundfunkbeitrag – Dichtung und Wahrheit“ Stellung. „Dazu gibt es Anlass, nicht nur, weil die Einnahmen des Beitragsservice allein 2014 im

Vergleich zum Vorjahr um 643 Millionen Euro auf 8,324 Milliarden Euro gestiegen sind und solche Summen natürlich Phantasien über deren Verwendung beflügeln“, stellte Dauderstädt zuvor fest. So bezeichneten einige Kritiker den Rundfunkbeitrag als „Zwangsabgabe“, Firmen sähen sich überproportional belastet. Hinzu komme, dass ein Bearbeitungsstau im Beitragsservice bei vielen privaten und nicht-privaten Beitragszahlern zu Unmut führe.

Unter dem Motto „Kein Service ohne Gebühren?“ wurden abschließend auch auf dem Podium Zusammenhänge zwischen Finanzierung und Programmgestaltung hinterfragt. An der Diskussion beteiligten sich neben Dr. Hermann Eicher die ARD-Generalsekretärin Dr. Susanne Pfab, Prof. Norbert Schneider (von 1993 bis 2010 Direktor der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen), Prof. Kai Konrad (Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München), Dr. Christine Bergmann (Vorsitzende des Programmausschusses Programmleitung des ZDF-Fernsehrats) und Ute Wiegand-Fleischhacker (Landesvorsitzende des dbb Hessen und stellvertretendes Mitglied im ARD-Programmbeirat).

(Einen ausführlichen Bericht über die 10. dbb Medienkonferenz lesen Sie in der Oktober-Ausgabe des „dbb magazin“.)  
(02/32/15)

**dbb Vize Silberbach: Gemeinsame europäische Asylpolitik unverzichtbar**

**(dbb) Über die immensen Herausforderungen der Flüchtlingskrise diskutierte Ulrich Silberbach, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Chef der komba gewerkschaft, der auch Präsident der europäischen Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Gewerkschaften der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände (EULOS) ist, am 11. September 2015 mit dem luxemburgischen Innenminister Dan Kersch.**

Silberbach betonte in dem Gespräch, dass den Schutzsuchenden europaweit dringend eine menschenwürdige Unterkunft und Versorgung garantiert werden müsse. „Eine gemeinsame europäische Asylpolitik ist angesichts der steigenden Zahlen zwingend geboten. Echte Solidarität zwischen den EU-Ländern setzt eine faire Verteilung der Flüchtlinge und das Enga-

gement jedes Mitgliedslandes nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit voraus.“ Die Übergriffe der vergangenen Wochen auf Flüchtlinge und Unterkünfte verurteilte der dbb Vize scharf: „Toleranz und Menschlichkeit sind die Maßstäbe, die gelten müssen.“

Als weiteres Thema stand die unterschiedliche Handhabung der Länder bezüglich Sach- und Geldleistungen für die Flüchtlinge auf der Agenda. Eine Nivellierung auf EU-Ebene sei ratsam, so Silberbach. Nach den jüngsten Beschlüssen der Regierungskoalition sollen in den deutschen Erstaufnahmeeinrichtungen künftig vermehrt Sachleistungen ausgegeben werden. Als Vertreter für die Bediensteten der Kommunen thematisierte der komba-Bundesvorsitzende auch die wachsende Belastung für die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. „In Kindergärten, Jobcentern und sozialen Einrichtungen setzen sich die Kolleginnen und Kollegen unermüdlich für die Menschen in Not ein und leisten großartige Arbeit. Sie geraten

dabei mehr und mehr an ihre Belastungsgrenzen. Der Personalmangel im öffentlichen Dienst ist spürbar“, sagte Silberbach und empfahl, für eine aufgabengerechte Personalausstattung zu sorgen. Mit Blick auf die Situation in Deutschland erklärte der EULOS-Präsident, dass die Aufgaben und Kosten für die Gemeinden stetig steigen. Die Forderungen der kombagewerkschaft lauten deshalb unter anderem, den Kommunen die Flüchtlingskosten unbürokratisch zu erstatten und die Asylverfahren deutlich zu beschleunigen. Die Flüchtlingskrise sei ein Kraftakt bei dem Bund und Länder die Kommunen nicht alleine lassen dürfen. (03/32/15)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **Beamtenpensionen: DBB NRW fordert neutralen Beirat und ein Entnahmegesetz**

**(dbb) Die zuletzt vom NRW-Finanzministerium und der Enquetekommission zur „Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte“ des Landtages veröffentlichten Verlautbarungen mit unterschiedlichen Zahlen und Ergebnissen zum Thema Beamtenpensionen lassen keine einheitliche Linie erkennen und schüren bei den Beschäftigten massive Unsicherheiten. Das hat der nordrhein-westfälische Landesbund des dbb am 14. September 2015 festgestellt.**

So hatte der Landesfinanzminister in einer Pressemitteilung vom 21. August bekanntgegeben, dass die Versorgungsrücklage Ende 2017 mehr als 10,3 Milliarden Euro betragen werde. Ab 2018 sollen in diesen neuen Pensionsfonds nur noch jährlich 200 Mio. Euro fließen. Dagegen nannte die vom nordrhein-westfälischen Parlament eingesetzte Enquetekommission in ihrem Abschlussbericht vom 28. August für Ende 2018 Gesamtversorgungsrücklagen von 13,1 Milliarden Euro.

„Schluss mit den Zahlenspielen in Politik und Verwaltung“, forderte Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW. „Es geht um unsere Versorgung, wir - die Angehörigen der Landesverwaltung und die Pensionäre - haben ein Recht zu wissen und mit zu entscheiden, wie es mit der Versorgung in unserem Lande weitergeht.“

Um überhaupt die Konsequenzen abschätzen zu können, fordert der DBB NRW verifizierbare

Unterlagen von der Landesregierung. Zudem müsse, um Gelder aus dem Versorgungsfonds entnehmen zu können, darüber hinaus zunächst vom Landtag ein „Entnahmegesetz“ verabschiedet werden. „Es ist mir ein Rätsel, warum jetzt von Rot/Grün das Gesetz über den Pensionsfonds mit einem Inkrafttreten zum 01. Januar 2017 auf den Weg gebracht wurde, wohlwissend, dass ohne ein entsprechendes ‚Entnahmegesetz‘ keine Mittel aus dem Fonds entnommen werden können.“

Beide Gesetze müssten eigentlich parallel beraten werden, um Folgeabschätzungen, wie etwa den beabsichtigten Zeitpunkt der Erstentnahme und des Volumens, zu erkennen und so Planungssicherheit zu erzielen, so Staude weiter. „Versorgungsrücklagen sind keine Sparkasse für Maßnahmen des allgemeinen Haushalts und auch keine Spekulationsmasse.“ Um perspektivisch Planungssicherheit in der Versorgungsfrage zu erzielen, müsse jetzt Transparenz geschaffen werden. Deshalb fordere der

DBB NRW unter Beteiligung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes einen neutralen „Versorgungsbeirat“, der den Pensionsfonds und die Entnahmen aus diesem Vermögen

überwacht. Hier könne das saarländische Modell Vorbild sein.  
(04/32/15)

## **Besoldungsanpassung im Thüringer Landtag – tbb stellt Amtsgemessenheit in Frage**

**(dbb) Rückwirkend zum 1. März 2015 stiegen in Thüringen die Gehälter der Angestellten im Landesdienst, rückwirkend zum 1. Januar 2015 die Diäten der Thüringer Abgeordneten. Der Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung für die Thüringer Landes- und Kommunalbeamten stand am 10. September 2015 zur 1. Lesung auf der Tagesordnung des Thüringer Landtags und sieht vor, dass in den Jahren 2015 und 2016 eine um jeweils sechs Monate versetzte Übernahme des Tarifergebnisses erfolgen soll, das heißt jeweils erst zum 1. September.**

„Warum es fünf Monate dauern musste, bis dem Landtag überhaupt ein Gesetzentwurf zugeleitet wurde, bleibt das Geheimnis der Landesregierung. So spät hat in dieser Frage noch keine der bisherigen Thüringer Landesregierungen gehandelt“, kritisierte der Vorsitzende des tbb Helmut Liebermann das Vorgehen. Von mangelndem Respekt gegenüber den Betroffenen zeuge zudem, dass sich die Regierung nicht einmal die Mühe gemacht habe, die sechsmonatige Verschiebung zu begründen, obwohl eine Regelung „zu Lasten“ der Beamten laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts begründet werden müsse.

Sollte das Gesetz in seiner jetzt vorliegenden Fassung beschlossen werden, würden den Beamten Einbußen für 2015 und 2016 in Höhe von 2,2 Prozent gegenüber den Tarifbeschäftigten auferlegt. Ein Kriterium für eine verfassungswidrige Unteralimentation wäre es, wenn innerhalb eines 15-Jahres-Zeitraumes die Gesamtalimentation um mehr als fünf Prozent gegenüber der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst zurückbliebe. Vor diesem Hintergrund müsse die Verfassungsmäßigkeit der Thüringer Besoldung einer kritischen Prüfung unterzogen werden.  
(05/32/15)

## **GdS-Erfolg vor dem Bundessozialgericht: Versichertenseite im Verwaltungsrat der AOK Nordwest muss neu gewählt werden**

**(dbb) Mit Urteil vom 8. September 2015 hat das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) in der Klage gegen die AOK Nordwest Recht gegeben. Dabei ging es um die Nichtzulassung der Vorschlagsliste der GdS zu den Wahlen zum Verwaltungsrat der AOK Nordwest im Jahr 2011.**

Der 1. Senat des BSG hat nun – wie bereits die Vorinstanz – entschieden, dass die im Jahr 2011 in der Gruppe der Versicherten durchgeführte Wahl zum Verwaltungsrat der AOK Nordwest ungültig war und wiederholt werden muss, weil der Wahlausschuss der AOK Nordwest die von der GdS eingereichte Vorschlagsliste zu Unrecht nicht zugelassen hat.

Zum Hintergrund: Die Vorschlagsliste der GdS musste nach den Vorschriften des SGB 1.000 Unterschriften aufweisen, wovon höchstens 25 Prozent, also 250 Unterschriften von Beschäftigten der AOK stammen durften. Die GdS-Liste umfasste insgesamt 1.086 gültige Unter-

schriften, wovon 303 Unterschriften von Beschäftigten der AOK Nordwest stammten. Da 303 von 1.086 Unterschriften 27,9 Prozent entspricht, stellte sich der Wahlvorstand auf den Standpunkt, dass die zulässigen 25 Prozent überschritten seien und lehnte die Vorschlagsliste der GdS ab. Die GdS hingegen argumentierte, dass ihre Liste die Mindestzahl von 1.000 Unterschriften erfüllte und dass auf ihrer Liste mehr als 750 Unterschriften, nämlich 783, von nicht bei der AOK beschäftigten Unterstützern vorhanden waren. Die Liste sei somit zuzulassen. Das hat das BSG nun zu Recht als ausreichend angesehen und zur Begründung ausgeführt,

dass es nach Sinn und Zweck der Regelung im SGB nur darauf ankomme, dass mindestens 750 behördenfremde Personen die Vorschlagsliste unterschreiben, um so eine Mindestqualität durch behördenfremde Unterstützer zu gewährleisten, ohne willkürliche Verzerrungen hervorzurufen.

Der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner, der die Verhandlung in Kassel persönlich begleitet hatte, sagte zu der Entscheidung des BSG: „Als GdS sind wir in erster Linie froh, dass nun –

nach einem mehr als vierjährigen Verfahren – Rechtsicherheit geschaffen wurde. Das Urteil des Bundessozialgerichts bestätigt die bei anderen Sozialversicherungsträgern jahrelang gelebte Praxis.“ Aus der ausführlichen schriftlichen Begründung des BSG-Urteils werde hervorgehen, wie nun weiterverfahren wird. „Für uns und die Versicherten der AOK Nordwest ist entscheidend, dass nun eine Wahl zum Verwaltungsrat abgehalten wird, die Recht und Gesetz entspricht“, so Wagner.  
(06/32/15)

## Flüchtlingszustrom nach Deutschland: Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb melden sich zur Wort

**(dbb) Wie der dbb als gewerkschaftlicher Dachverband schalten sich in die Debatte um den Flüchtlingsstrom nach Deutschland, der die Beschäftigten in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Dienstes vor enorme Herausforderungen stellt, ihnen größtes Engagement abverlangt und sie teilweise an die Grenze der Belastbarkeit bringt, auch weiterhin Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb ein.**

### **dbb mecklenburg-vorpommern begrüßt Engagement der öffentlich Bediensteten**

So begrüßte der dbb mecklenburg-vorpommern am 15. September 2015 das Engagement von öffentlich Bediensteten. Von der durch die Landesregierung in Schwerin kurzfristig eröffneten Möglichkeit befristeter Abordnungen in Einrichtungen der Flüchtlingshilfe Mecklenburg-Vorpommerns haben mittlerweile viele Beschäftigte Gebrauch gemacht, stellte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht fest und sagte: „Oberstes Ziel muss die menschenwürdige Versorgung der Flüchtlinge sein. Dabei können das Land und die Kommunen, die ohnehin seit Jahren unter Personalengpässen leiden, aber schnell an ihre Leistungsgrenze kommen. Umso erfreulicher ist es, dass dem Aufruf aus dem Innenministerium dennoch viele Kolleginnen und Kollegen folgen und sich auf Abruf befristet abordnen lassen“.

Knecht machte aber auch darauf aufmerksam, dass zusätzliche finanzielle Unterstützung des Landes und der Kommunen durch den Bund erforderlich ist, damit alle Staatsaufgaben flächendeckend und rund um die Uhr erledigt werden können.

### **DPoIG: Grenzkontrollen oder Fußballereinsätze - beides geht nicht!**

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) steht zu 100 Prozent hinter der Entscheidung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, durch temporäre Kontrollen an den Grenzen wieder ein geordnetes Verfahren bei der Einreise von Flüchtlingen herzustellen und kriminelle Schleuser dingfest zu machen. „Aber der personelle Aufwand bei der Bundespolizei, um diese Aufgabe zu bewältigen, ist enorm und bringt die Kolleginnen und Kollegen an die Belastungsgrenze“, warnte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 17. September 2015. Die DPoIG fordere, die Einsatzkräfte der Bundespolizei - zumindest solange der Großeinsatz an den Grenzen läuft - ab sofort von allen anderen besonderen Einsatzanlässen wie etwa von der Unterstützung der Länder bei Großlagen oder von der Kräfte zehrenden Begleitung von Fußballfans im Bahnverkehr zu befreien. „Hier müssen sich nun die Veranstalter entweder mit mehr eigenem Sicherheitspersonal einbringen, oder es müssen besonders gefährdete Fußballspiele oder andere Veranstaltungen ganz abgesagt werden“, forderte Wendt. Der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter sieht eine Gefahr in der Vernachlässigung von Tagesaufgaben der Bundespolizei. „Nahezu 2.000 zusätzliche Bundespolizisten befinden sich derzeit zur Realisierung der politischen Vorgaben an der deutsch-österreichischen Grenze. Die kommen nicht nur von der ohnehin bereits stark dezimierten

Bundesbereitschaftspolizei, sondern auch zu Hunderten aus den Dienststellen an Bahnhöfen, Flughäfen, Fährhäfen und Schutzobjekten sowie aus den Spezialeinheiten. Dort fehlen sie aber.“

### **BDZ nennt Wiedereinführung der Grenzkontrollen „überfällig“**

Die angesichts des starken Andrangs Zehntausender Flüchtlinge an der Grenze zu Österreich wieder sind vom Bundesvorsitzenden der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, Dieter Dewes, als längst „überfällig“ bezeichnet worden.

Er kritisierte am 14. September 2015, dass von Teilen der Politik und der Medien die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen als „Rückfall in die Kleinstaaterei“ bewertet werde. „Kontrollen an den Grenzen dienen ausschließlich dem Schutz des eigenen Rechtsraums und sind in der aktuellen Situation unumgänglich“, erklärte Dewes. Die sich zuspitzende Lage habe der Bundesregierung gar keine andere Wahl gelassen, wenn nicht noch chaotischere Verhältnisse riskiert werden sollten. Grenzkontrollen seien legitim, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet sei, so Dewes.

### **vbba: Personalabbau stoppen**

Mit Blick auf die - neben der Beschaffung von Unterkünften und der Verpflegungssicherung - immer wichtiger werdende berufliche Integration der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und Asylbewerber erklärte die vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales am 11. September 2015: „Wir halten die für den Rechtskreis der Arbeitslosenversicherung angekündigten 200 Ermächtigungen für einen Schritt, der in die richtige Richtung zeigt. Allerdings muss diese Zahl deutlich erhöht werden, um der komplexen Aufgabenstellung gerecht zu werden. Zudem ist die Grundlage für die Fortsetzung des Personalabbaupfades durch die historische Herausforderung nicht mehr gegeben. Der geplante Personalabbau sollte bis auf weiteres ausgesetzt werden.“

Auch im Rechtskreis des SGB II hält die vbba eine deutliche, finanziell abgesicherte Erhöhung der Beschäftigtenzahl für alternativlos. Zudem müssten die Eingliederungsbudgets entsprechend erhöht werden. „Da der weit überwiegende Teil der bei uns Schutz suchenden Menschen mit einer Bleiberechtigungsprospekti-

ve kein oder kaum Deutsch spricht und keine formale berufliche Qualifikation besitzt, werden an die Beratung und Vermittlung komplexe Anforderungen gestellt“, erklärte die Gewerkschaft. Hürden bei den arbeitsmarktpolitischen Regelungen müssten hinterfragt und beseitigt werden. Der vbba-Bundesvorsitzende Waldemar Dombrowski zeigte sich zuversichtlich, „dass die Arbeitsagenturen und Jobcenter diese gigantische Herausforderung erfolgreich bewältigen werden, sofern geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden“.

### **VBE: Weitsichtige Strategie der Politik fehlt**

Für die schulische und gesellschaftliche Integration von Flüchtlingskindern „fehlt eine weitsichtige Strategie der Politik“. Das sagte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, am 9. September 2015 auf dem 10. Demografie-Kongress des Behörden Spiegel in Berlin. „Wir brauchen Nachhaltigkeit.“ Beckmann nahm an der abschließenden Kongress-Podiumsdiskussion zum Thema „Die Flüchtlingsfrage – Zuwanderung zwischen Solidarität, demografischer Notwendigkeit und gesellschaftlicher Integration“ teil.

Das Problem sei von den politisch Verantwortlichen viel zu spät erkannt worden, die Schulen fühlten sich damit „ziemlich allein gelassen“, stellte der VBE-Chef fest. So sei unter pensionierten Lehrerinnen und Lehrern die Bereitschaft groß, sofort an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten. „Aber die Rahmenbedingungen dafür sind ungeklärt“, kritisierte Beckmann. Der Slogan „Kein Kind zurücklassen“ müsse auch für Flüchtlingskinder gelten. Diese neue Aufgabe sei als Herausforderung neben die inklusive Beschulung getreten. „Dies ist aber schwer zu leisten, wenn Klassenhöchstwerte außer Acht gelassen werden und viele Klassen inzwischen über 30 Schüler haben“, gab Beckmann zu bedenken. Auch die Individualförderung von Schülerinnen und Schülern werde zwangsläufig vernachlässigt. Das fördere Neiddebatten und spiele dem „braunen Sumpf“ in die Hände. Ein weiteres Problem sei der Lehrermangel. „Der Markt ist inzwischen relativ leergefegt, und es gibt zu wenige Lehrer, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten können“, so Beckmann.

### **DPhV zu Deutschunterricht in Willkommensklassen: Ehrgeiziges Projekt**

Schulen und Kitas müssen in einem umfassenden Kraftakt fit gemacht werden für die Integration von Flüchtlingskindern in Deutschland. Der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, nannte es „sehr ehrgeizig“, wenn die Kinder in den sogenannten Willkommensklassen in drei bis sechs Monaten sprachlich auf den Regelunterricht vorbereitet werden sollen. „Bei idealen Bedingungen kann man das in sechs Monaten schaffen“, sagte Meidinger am 10. September 2015 der Nachrichtenagentur dpa. Doch in den Klassen trafen oft unterschiedliche Sprachen ohne Deutsch- oder auch Englischkenntnisse der Kinder aufeinander. An den Schulen sei viel Zusatzförderung nötig, so Meidinger weiter. „An jedem Gymnasium werden wir dauerhaften Zusatzförderunterricht in Deutsch als Fremdsprache brauchen.“ Auch in den kommenden Jahren werde es jährlich voraussichtlich mehr als 50.000 zugewanderte Kindern geben. Bis zu 10.000 neue Lehrer würden jährlich gebraucht. Zuletzt waren in Deutschland laut dpa 752 000 voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrer an allgemeinbildenden Schulen beschäftigt.

### **VDR hält Zeit der „Hau-Ruck-Aktionen“ für beendet**

Ein zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmtes langfristiges Integrationskonzept für alle schulpflichtigen asylsuchenden Kinder und Jugendlichen haben der Geschäftsführende Vorstand des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR) und die Mitglieder seines Wissenschaftlichen Beirats auf ihrer jährlichen Tagung in Prichsenstadt gefordert. „Die Zeit von ‚Hau-Ruck-Aktionen‘ und dem bloßen Einfordern einer ‚Willkommenskultur‘ ist definitiv vorbei“, sagte VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm.

„VDR und Beirat erkennen an, dass die zusätzliche Einstellung von bundesweit über 3.000 Lehrkräften für das Fach Deutsch zu Beginn des Schuljahres 2015/16 ein Schritt in die richtige Richtung ist“, so Böhm weiter. Dabei könne es jedoch nicht bleiben, zumal die Finanzierung vielfach nur durch Mittelumschichtungen möglich werde. „Die Mammut-Aufgabe der Integration von Hunderttausenden Kindern und Jugendlichen in die deutsche Gesellschaft kann nicht allein auf die Lehrerschaft übertragen werden. Seit Jahren warten die Kollegen auf eine spürbare Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, die man ihnen aufgrund der erwarteten sinkenden Schülerzahl in Aussicht gestellt hatte. Doch alle demografischen Prognosen lösen sich bundesweit gerade in Luft auf“, so Böhm. Was heute in Bildung und Integration versäumt wird, werde künftig um ein Vielfaches teurer.

(07/32/15)

### ***Namen und Nachrichten***

(dbb) Gut 10.000 Unterstützer des Bündnisses „Hamburg bekennt Farbe“, darunter viele Mitglieder aus den Einzelgewerkschaften des dbb hamburg, haben sich am 12. September 2015 zu einer zentralen Kundgebung auf dem Rathausmarkt versammelt und so friedlich für Demokratie, Toleranz und Vielfalt sowie gegen Ausgrenzung und Fremdenhass demonstriert. Zum Abschluss der Aktion sang die Menge den John-Lennon-Song „Imagine“ und 500 mit Helium gefüllte, magentafarbene dbb-Luftballons stiegen in den Himmel – „ein beeindruckende, wunderschönes und friedliches Bild“, wie der Landesvorsitzende des dbb hamburg, **Rudolf Klüver**, erklärte.

„Die OECD wartet insbesondere für Deutschland mit alten Kamellen auf.“ Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), **Udo Beckmann**, am 15. September 2015 die jüngste PISA-Studie zur digitalen Bildung. Zugleich verwies Beckmann auf die bundesweite forsa-Repräsentativbefragung von Lehrkräften aller Schulstufen im Auftrag des VBE. „Schulen in Deutschland werden von Ländern und Schulträgern mit dem Thema IT überwiegend allein gelassen. Die Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software ist immer noch mittelalterlich. Die digitale Schule wird vom Dienstherrn als Privatangelegenheit auf die Lehrer abgeschoben.“ Dies sei „vollkommen unakzeptabel“. Der VBE halte aber nichts von Appellen



an die Wirtschaft, die Schulen per Sponsoring mit den nötigen Ressourcen auszustatten. „Es darf nicht dazu kommen, dass insbesondere Schulen in Brennpunkten abgekoppelt werden.“

Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e.V. (BLBS) und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e. V. (VLW), veranstalten am 1. und 2. Oktober 2015 in Berlin unter dem Motto „Schule effektiv führen“ gemeinsam den ersten „FührungskräfteKongress Beruflicher Schulen“. Der Bundesvorsitzende des BLBS, **Eugen**

**Straubinger**, und die beiden Bundesvorsitzenden des VLW, **Dr. Angelika Rehm** und **Dr. Ernst G. John**, sind sich einig: „Eine solche Veranstaltung für die beruflichen Schulen war längst überfällig. Wir freuen uns, dass wir über 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen können.“ Im Programm stehen unter anderem neun Foren mit anerkannten Referenten und ein „Markt der Möglichkeiten“, auf dem Aussteller marktführender Unternehmen Beratung zu technischen und medialen Ausstattung der beruflichen Schulen anbieten. (08/32/15)

### **Termin zum Vormerken:**

#### **2. Seniorenpolitische Fachtagung**

„Pflegerstärkungsgesetz II – Was lange währt, wird wirklich gut?“  
Berlin, 8. Oktober 2015